

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 3

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

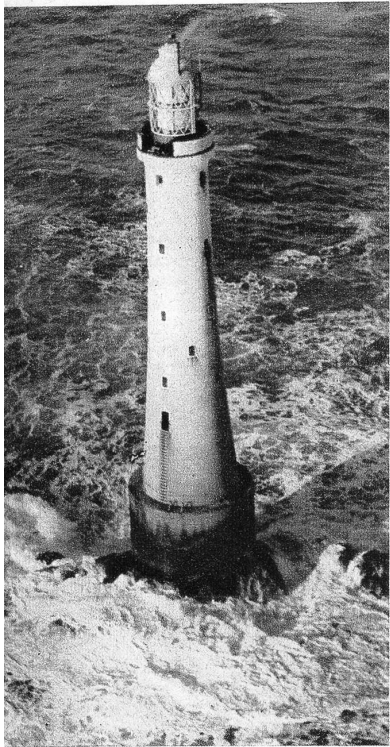


Helikopter-Postservice in Neuyork

Die Postverwaltung der Stadt Neuyork hat sich eine «Luftflotte» von 12 Helikoptern zugelegt, die aus 12 Postkreisen die Flugpost zum Neuyorker Zentralflughafen La Guardia Airfield befördern. Durch diese Luft-Eilzustellung können nicht nur Minuten, sondern Stunden eingespart werden. Unser Bild zeigt einen dieser Helikopter der Postverwaltung, beim Abflug in einer Neuyorker Vorstadt

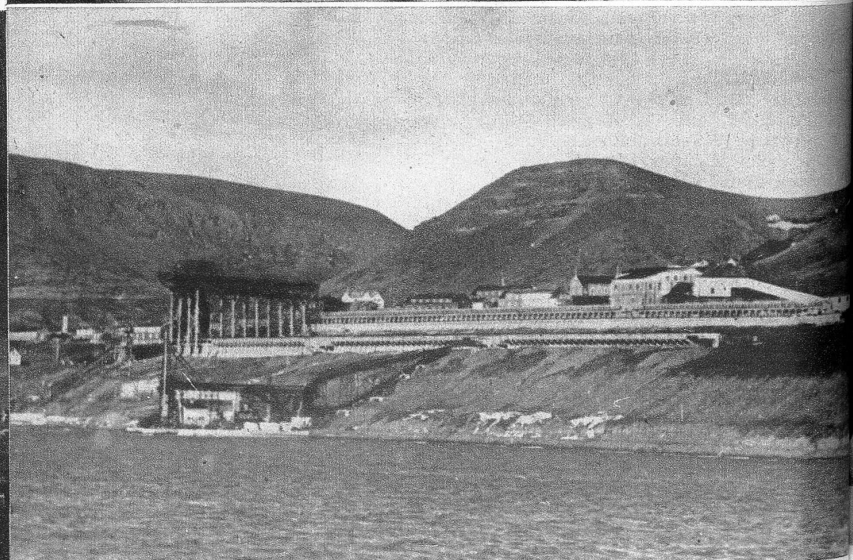
Zwei Reporter in einem Leuchtturm blockiert

Zwei Reporter der BBC begaben sich auf das Weihnachtsfest nach dem berühmten Leuchtturm von Bishop Rock auf der Höhe der Küste von Cornwall, von wo aus sie am Weihnachtsabend eine Reportage funkten. Infolge des schlechten Wetters haben die zwei bis auf den heutigen Tag den Leuchtturm noch immer nicht verlassen können



Neuyork in Rauchwolken

Blick von einem Wolkenkratzer auf den Brandherd am Ufer des Hudson, anlässlich eines Grossbrandes in den Bahnanlagen der Central Railways in Neuyork. Drei Piers wurden innerhalb einer Stunde vollkommen, sieben weitere teilweise zerstört. Das Feuer, welches gewaltigen Schaden verursachte, wurde vom Land und vom Fluss aus bekämpft. Dunkle Rauchwolken hüllten ganze Stadtteile ein (Photopress)



Spitzbergen, neuestes Objekt russischer Begehrlichkeit

Wie von britischer amtlicher Seite bekannt wird, hat die Sowjetunion schon vor einigen Monaten Norwegen um die Erlaubnis ersucht, auf Spitzbergen einen militärischen Stützpunkt errichten zu dürfen. Spitzbergen, dem in einem kommenden Krieg grösste strategische Bedeutung zukäme, könnte doch von dort aus mit der Luftwaffe sowohl Amerika wie Russland an jedem belie-

bigen Punkt angegriffen werden, ist überaus reich an Kohle. Unter den abbauenden Mächten befindet sich auch die Sowjetunion, die einige Kohlengruben betreibt. Unsere Aufnahme zeigt die Siedlung von Green Harbour am Eisfjord mit einer riesigen Kohlenverladeeinrichtung. Norwegen unterhält seit 1911 in Green Harbour eine meteorologische Station (Photopress)

Der italienische Ministerpräsident erobert Amerika

Der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi, der nach den Vereinigten Staaten geflogen ist, um für sein Land einen Kredit und die Zusage weiterer Lebensmittellieferungen zu bekommen, hat erhalten, was er wollte. Präsident Truman hatte die Regierungsgüter angewiesen, De Gasperi in jeder Beziehung zu unterstützen. Unser Bild zeigt den italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi (rechts) bei einer freundlichen Begrüssung durch den seither zurückgetretenen amerikanischen Aussenminister James F. Byrnes, der Italien gegenüber stets ein besonderes Wohlwollen bewiesen hatte

(Photopress)

Paris ohne Zeitungen

Die Typographen sämtlicher Pariser Zeitungen sind wegen nicht erfüllten Lohnforderungen in den Streik getreten, und das zu einem Zeitpunkt, wo die Regierung versucht, durch Senkung der Preise eine Stabilisierung der Lage zu erreichen. Wenn dieser Streik Schule machen sollte, was viele Kreise befürchten, müsste das Experiment Blum misslingen. Unser Bild zeigt die Typographen einer Pariser Zeitung, welche sich die Zeit im Setzsaal mit Schachspiel töteten (Photopress)



Das internationale Lauberhornrennen in Wengen

Oben: Den Langlauf über 16 km sicherte sich der Kandersteger Edy Schild. Er benötigte 1 Stunde, 9 Minuten, 14 Sekunden

Rechts: Die Elite der Schweiz mass sich erstmals diese Saison mit starken Fahrerinnen und Fahrern des Auslandes am Internationalen Lauberhornrennen. Frankreich, Italien und Schweden waren durch prominente Spitzenfahrer vertreten. Die Kombination der alpinen Disziplin Abfahrt/Slalom fiel an den Schweizer Edy Rominger (St. Moritz) (Photopress)

Rechts: Sieger der Abfahrt wurde Karl Molitor (Wengen). Unser Photograph hat ihn an der schwierigsten Stelle des 4600 m langen Abfahrtsparcours aufgenommen, im Bachbett bei der sog. Wasserstation. Hier stellt nicht nur die Steilheit der Rinne, sondern auch das vereinzelte, aus dem Schnee ragende Grünwerk an die Standfestigkeit der Fahrer bedeutende Anforderungen (Photopress)

Rechts aussen: Abfahrtsiegerin der Damen wurde die Churerin Lina Mittner, die sturzfrei über die 2700 m lange Strecke kam (Photopress)

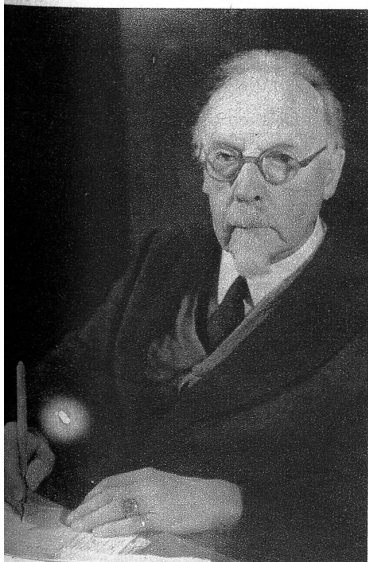


Die verhinderte Fussballmeisterschaft

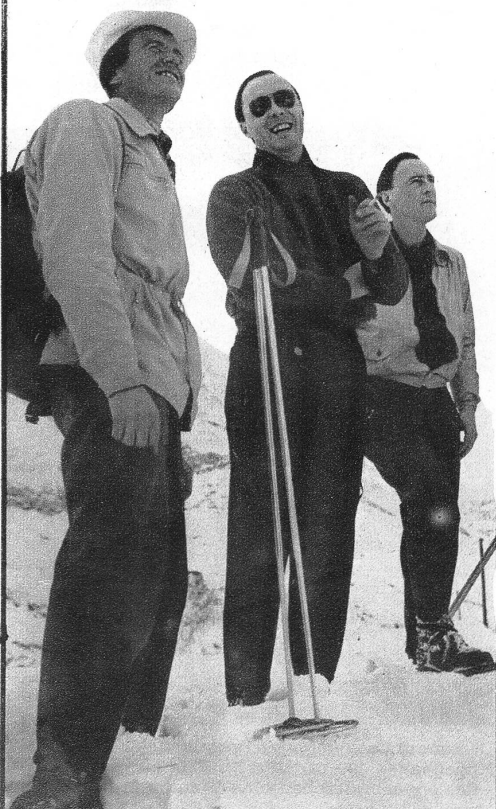
Der Föhnneinbruch des Wochenendes hat der Fussballmeisterschaft einen argen Strich durch die Rechnung gemacht. In Zürich musste das grosse Doppelspiel verschoben werden. Warum, das zeigt unser Bild: Das Terrain auf dem Hardturmstadion lag tief unter Wasser, für ein Fussballspiel total unbenützbar (Photopress)

Königliche Wintersportgäste in Zermatt

◀ Aus Genf kommend, wo er mit seinem Privatflugzeug auf dem Flugplatz Cointin gelandet war, ist Prinz Bernhard der Niederlande in Begleitung seines Bruders, Prinz Ernst Aschwin zu einem Wintersportaufenthalt in Zermatt eingetroffen, wo wir die beiden königlichen Gäste mit dem Ski-lehrer Hans Furrer (links) bei einer kurzen Rast im Skigelände sehen (ATP)



Einer unserer bekanntesten und erfolgreichsten Schweizer Dichter, Ernst Zahn, kann am 24. Januar in Zürich seinen 80. Geburtstag feiern. Die Auflageziffern seiner Werke gehen in die Hunderttausende (Photopress)



«Schweizer in Grossdeutschland...»

-an- Wie ein Auftakt zum neuen (wievielten?) Prozess gegen landesverräterische Schweizer, die nach 1939 schon und dann vor allem nach dem Juni 1940 alles auf die falschen Götter jenseits des Rheines setzten, mutete der *Bericht des Bundesrates über die Pressepolitik während des Krieges* an. Wir können uns eigentlich erst jetzt ein vollständiges Bild machen über den beständig andauernden Druck, der auf das Bundeshaus ausgeübt wurde, und dem unsere Magistraten zu widerstehen hatten. Da gab es 22 *Noten aus Berlin, 39 Demarchen durch den unseligen Gesandten Köcher, 57 durch die Presse-Attachés, ständige Vorsprachen bei der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin*, die natürlich auch nach Bern gemeldet wurden, «manchmal an einem Tage drei Mann, die aufrückten», und der Inhalt dieser Vorstellungen, die sich zu gewissen Zeiten drohend verschärften, lief immer auf das gleiche hinaus: Die Schweiz verletzt durch das Schreiben ihrer Redakteure ihre Neutralität. Es half nichts, dass man diesen Leuten erklärte, die staatliche Neutralität, die wir als Pflicht streng wehrten, sei etwas anderes als die Neutralität der Gesinnung, die man dem Schweizer, des bei uns geltenden Rechtes wegen, niemals vorschreiben dürfe. Der totale Staat begriff einfach nicht. Für ihn waren wir «entartete Deutsche in Grossdeutschland». Schliesslich ging es ja auch um etwas ganz anderes: Um die Zermürbung unseres Widerstandswillens. Und das war es, was an verantwortlicher Stelle gut genug begriffen, und woran man sich auch hielt, als es galt, die Drohungen von draussen zu parieren.

Natürlich stellte man auch in Rechnung, dass unsere Presse dem Gegner keine Handhaben bieten dürfe, die sein Vorhaben erleichtern und unsern übelsten Gegnern gewissermassen das Heft in die Hände spielen konnten. Die «Blutschuldfrage», wie sie von den Nazis ventiliert und von unsern berühmten «Zweihundert» akzeptiert wurde, ging darauf hinaus, dass wir, das heisst unsere Zeitungen, die Ursache einer Katastrophe gewesen wären, falls der Zorn des Führers den Ueberfall auf die Schweiz befohlen hätte. Heute stellt der Bundesrat klar genug fest, dass manche der überfallenen Länder durchaus frei waren von dieser angeblichen Blutschuld. Wir aber wichen damals vorsichtig zurück und «erzogen» die Presse zur grösstmöglichen Vorsicht. Praktisch taten wir gewiss damit das Richtige, indem wir einen Verrückten nicht unnötig reizten, wie man dies in einem Irrenhause nun einmal zu halten pflegt. Es wäre nur manchmal besser gewesen, wenn ein Zensor diesen Tatbestand einem Redaktor ins Ohr geflüstert hätte, statt ihn bürokratisch zu schikanieren. Nun, heute ist der Spuk verflogen, und nichts bleibt übrig, als der Nachtrag in Form von Prozessen gegen jene, die uns ein Vorbild sein wollten in der Anpassung an das «neue Europa» und seinen Führer. Keine schöne Liquidation ist es, für das Land so wenig wie für die Schuldigen.

London redet mit Moskau

In Polen finden am 19. Januar die Wahlen in den Sejm statt. Der Führer der Bauernpartei, *Micolajczic*, hat seinen Anhängern empfohlen, in gewissen Bezirken diese Wahlen zu boykottieren. Nicht in ganz Polen, sondern nur dort, wo sich die Terrormethoden der Regierung, in der er selber sitzt, besonders krass auswirkten. Vielleicht plant der Bauernchef die Bloßstellung der lokalen Polizeiorgane in jenen Bezirken, um nicht seine Mit-Minister direkt anklagen zu müssen. Und es ist wohl möglich, dass er gute Ratgeber hinter sich hat. Wenn er nach dem Wahltag fordern sollte, in allen von der Bauernpartei boykottierten Wahlkreisen die Resultate zu kassieren und einen zweiten Gang anzuordnen, dann wird er für sich die britische Öffentlichkeit samt USA haben. Dort wird man auch die Leute finden, die ihm den Rücken stärken.

Es sieht ganz so aus, als ob sich die Engländer in Polen weniger leicht mit den Wahlergebnissen zufrieden geben wollen, als sie das in *Rumänien* und *Bulgarien* getan. Die Pressekampagne gegen das Vorgehen der Regierungsmaschine hat nie aufgehört. Material wird en masse zusammengestellt. Und sollten sich die Bauern in jenen Bezirken, wo der Terror sie nur schwach hindert, besser schlagen als erwartet, dann kann sich Warschau eine Anklage ausmalen, die nicht aus der Luft gegriffen wurde. Die Machthaber sind sich darüber im klaren. Sie wissen auch, warum die «Bauern» des angeblich verbündeten Herrn *Micolajczic* so sehr zu fürchten sind. Erstens vertritt er die einzige grosse legale Oppositionspartei. Zweitens werden alle nicht aus den Wahlregistern gestrichenen Anhänger der verbotenen Parteien «katholisch» — das heisst aber bauernparteilich, wählen. Dafür können die Bauern nichts. Aber der Fall liegt eben doch so. *Oesterreich*

und *Deutschland* bekamen in ähnlicher Weise eine sehr starke «christlich-demokratische Mittelpartei», weil sich in ihr alles zusammendrängte, was gegen die «Roten» beider Färbungen war und was um die zusammengebrochene nationalistische Herrlichkeit trauerte. Die Russen versuchten in ihrem Deutschlandsektor diese Ansammlung von «Demokratiefeinden» zugunsten der «Feinde jeder westlichen Demokratie», der Kommunisten, zu stören, mit einigermassen zweifelhaftem Erfolg, wie die nachherige Niederlage der SED beweist. Die polnische Regierung geht nach dem genau gleichen Rezept vor. *Micolajczic* selber kann sie nicht fassen. Er ist jener Mann der ehemaligen Londoner Polenregierung, der nach Moskau flog, sich mit dem Kreml aussöhnte und klar bekannte, dass jede künftige Politik Polens im Einvernehmen mit Russland geleitet werden müsse. Nur solle Polen eine wirkliche Demokratie werden. Dass sie dies werden solle, hat Stalin in Jalta erklärt. Gestützt auf diese Zusage Stalins besitzt *Micolajczic* immer noch eine grosse moralische Macht im Lande — und den Rücken des Westens, welcher über die Durchführung dieser Zusage zu wachen versucht.

Es scheint nun, dass sich *London*, im Vertrauen auf die immer deutlicher gewordene Annäherung Moskaus, nicht mehr an die Regierung von *Warschau* allein, sondern schliesslich direkt an den grossen Mann im Kreml wenden will. Diese Forderung ist in der britischen Presse erhoben worden, und uns scheint, es müsse dahinter mehr als nur ein Versuchsballon stecken. Eine Empfehlung Stalins an den Genossen *Obsuka-Morawski* so kurz vor den Wahlen ist natürlich nicht mehr von Nutzen. Aber für den Fall einer grosszügigen Wahlkassierung wäre es nicht zu spät. Es braucht übrigens keinerlei grobe Einmischung. Eine Vorstellung, welche auf die Vorteile jener *Aussöhnung*



Auch über Dänemark ist ein aussergewöhnlich strenger Winter hereingebrochen. Der Hafen der Hauptstadt Kopenhagen ist zugefroren. Für ein- und auslaufende Schiffe muss mittelst starken Schleppdampferchen eine Fahrinne freigemacht werden (Photopress)



An Bord eines amerikanischen Armeetransportflugzeuges, das ihn von Bermuda abgeholt hatte, ist der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi in Washington eingetroffen, wo er sich als Gast der amerikanischen Regierung aufhalten wird, um mit den führenden Persönlichkeiten Besprechungen über die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der USA an Italien zu führen. Zusammen mit dem italienischen Gesandten in Washington, Alberto Tarchiani (rechts) verlässt De Gasperi das Weisse Haus nach einer Besprechung mit Präsidenten Truman (ATP).

hinweise, wie sie in der Tschechoslowakei stattgefunden, bliebe in Moskau bestimmt nicht ohne Eindruck. In Prag waltet bekanntlich der rote Obergenosse Gottwald vorbildlich als Chef einer Koalition, die sich sogar mit der slowakischen Katholikengruppe anständig verträgt. Sollte das in Polen nicht möglich sein?

Haben die Warschauer Machthaber vielleicht zu einem *Gegenhieb* ausgeholt, indem sie *einen angeklagten Spion klar und deutlich erklären liessen, er habe die »zugunsten einer fremden Macht«* *zusammengetragenen Dokumente »an die britische Gesandtschaft«* ausgeliefert? Das wäre ein hübscher Streich! Man kann auch das »Entsetzen des Gerichtshofes« inszenieren und die Verhandlungen nachher hinter verschlossenen Türen fortsetzen, wie dies geschehen. Die Anklage jedenfalls fiel und wurde weltbekannt. Und die Zurückweisung von Anschuldigungen, die auf Spionagematerial beruhen, fällt leichter... Immerhin steht London der Weg über Moskau offen. Denn:

Montgomery war in Moskau,

der russische Marschall Wassiljewski wird in einigen Wochen nach London fliegen. Montgomery hat den britischen Journalisten seinen neuen, mit Eichhörnchenpelz gefütterten Mantel samt der »Papacha«, der Kosakengenerals-Pelzmütze, Geschenke der Roten Armee, vorgewiesen und hat sich dann sofort nach London begeben. Man möchte wissen, worüber er sich einen ganzen Abend lang mit Stalin unterhalten habe, möchte wissen, welches Gewicht die Worte haben, welche er an den russischen Oberkommandierenden Wassil-

lijewski richtete: «Wir sind nun old friends» — also «gute Freunde». Inhalt der Unterhandlungen soll ja nach dem zum voraus gemeldeten Zwecke des Besuches die Anbahnung britisch-russischer Zusammenarbeit auf militärischem Boden sein. Und wenn Wassiljewski nach London fliegt, soll dort die Fortsetzung gemacht werden.

Es ist nicht zu vergessen, dass diese zweite Unterredung, an der wohl in London nicht in erster Linie der König als Staatsoberhaupt, sondern die Lenker der Flotte, der Armee und der Luftwaffe teilnehmen werden, praktische Fragen aufwerfen wird. Und noch etwas, und zwar etwas sehr Wichtiges darf man nicht vergessen: Dieser Flug des russischen Oberkommandierenden fällt *zeitlich vielleicht zusammen mit dem Beginn der Deutschland-Konferenz in Moskau. Oder geht ihr dicht voraus.* Es ist darum auch schon die Vermutung aufgetaucht, die Russen hätten geschickt verstanden, in London ein Sonderinteresse für gemeinsame militärische Angelegenheiten zu wecken, welches natürlich nicht ohne Einfluss auf die britischen Entscheidungen in der Deutschlandfrage bleiben könnten. Wer natürlich die Engländer kennt, überlegt sich, was sie sich dazu denken. Nämlich dies: Wenn England mit solchen Mitteln geködert werden soll, warum nicht auch Russland? Jedenfalls wird hier eine Querverbindung spielen, die vor kurzem noch nicht existierte, und vielleicht wirkt sie sich gar nicht so ungünstig auf das Fortschreiten jener als so schwierig prophezeiten Konferenz aus.

Der in Moskau nicht anwesende «dritte Grosse», USA, hat auf merkwürdige Art reagiert: Byrnes, der bisherige Aussenminister, hat demissioniert. Es ist nicht gesagt, dass es gerade der Flug Montgomerys war, welcher diese Demission auslöste. Aber ohne ursächlichen Zusammenhang sind die beiden Ereignisse nicht. Man muss nur überlegen, dass fast vom Tage der britisch-russischen Annäherung an in Washington etwas wie ein behutsames Auftreten zu bemerken war. Einer effektiven russisch-englischen Freundschaft, welche die bisher als fest betrachtete angelsächsische Einheit in der Deutschlandpolitik und an den übrigen Grenzzonen «vis-à-vis Russland» auflösen und Arrangements zwischen Moskau und London zeitigen könnte, kann man am besten begegnen, wenn man sich selbst wieder einschaltet. Byrnes, der offene, auf seine scharfen Attacken gegen Molotow und Wischinsky stolze «Farmer», kann diese Einschaltung nicht besorgen.

Vielleicht kann das *General Marshall*, sein Nachfolger. Denn gerade er hat bei den Russen einen guten Ruf, obgleich er in China der wichtigste amerikanische Berater Tschiang Kai Schecks gewesen. Ihm geht der Ruhm voraus, einer der grössten Organisatoren unserer Zeit zu sein, hat er doch eine Armee von 8 Millionen samt allen technischen Hilfsmitteln sozusagen aus dem Nichts heraus geschaffen. Seine letzte Mission in China, die *Herstellung des Friedens zwischen Nanking und Yennan*, ist zwar gescheitert, lässt sich aber, wenn er als Amerikas Aussenminister mit den Russen direkt ins Gespräch kommt, auf ganz andern Grundlagen aufnehmen und in den Gesamtzusammenhang der «Dreimächteprobleme» bringen.

Die Abschiedsrede
des Mr. Byrnes

enthielt einige bemerkenswerte Sätze, welche

die USA-Aussenpolitik in ihren wichtigen Grundzügen so deutlich umreissen, als ob er sie seinen Moskauer Partnern ein letztes Mal eindringlich vortragen möchte. Amerika trachte nach keinen Eroberungen. «Wenn jedoch irgendeine andere Macht danach trachtet, werden wir das nicht verzeihen.» Amerika will mit der ganzen Welt in wirtschaftlichen Austausch treten. Wirtschaftliche Blockbildungen, welche die Gefahr politischer Blockbildungen bergen, behindern die USA in ihren Bestrebungen — und wenn aus solchen Bestrebungen Kriegsgefahren entstehen, fällt die Verantwortung solchen Blockbildnern zu. So sprach, dem Inhalte nach, Mr. Byrnes und redete auch vom «Rechte», das Amerika so sehe wie Gott es ihm gab, zu sehen.

Eingefleischte Gegner der «Dollar-Demokratie» werden natürlich bezweifeln, dass man in USA das Recht so genau erkennen könne. Sie werden, wie das die Russen tun, behaupten, eine so *ausgesprochene Blockbildung, wie die USA sie zusammen mit Nanking-China geschaffen*, gebe es auf der Welt nicht zum zweiten Male. Und wer einfach darauf ausgehe, die Welt dem USA-Kapital zu verpflichten, der könne sich ruhig damit brüsten, auf Eroberungen zu verzichten. Welt-eroberung mit Hilfe von universellen Pumpmethoden sei auch «Welt-Eroberung».

Prag und Warschau, denen die Amerika-Kredite versagt werden, möchten sich wohl ganz gern auf diese Weise ein wenig von den USA erobern lassen. Denn die Russen könnten wohl Gold ins Land senden, also Kredite gewähren, jedoch beim heutigen Stande ihres Wiederaufbaus für diese gewährten Kredite lange nicht das liefern, was Polen und Tschechen brauchen. Die *Handelsverträge Prag-Moskau und Warschau-Moskau* fallen ins Gebiet jener von Byrnes kritisierten Blockbildungen. Die «undemokratischen Wahlen» in Polen, welche schliesslich Verträge dieser Art verewigen sollen, hängen damit zusammen. Und — die russische Wirtschaft in Russland selbst ist ein System, das angeblich die Gewährung von Krediten an Moskau ausschliesst. Es fragt sich — immer nach der russischen Kritik, ob die von den USA gestellten Bedingungen für die «Kreditwürdigkeit» irgendwelcher Länder nicht auch etwas von jenem Odium an sich haben, welches nach «Wirtschafts-Imperialismus» duftet. Die Tschechen jedenfalls hätten freie Hand gehabt, Amerika die nötigen Garantien und Gegenleistungen zu bieten, trotz ihrem Vertrag mit den Russen. Die *Vorwürfe Prags* an die Adresse der USA lauten darum auch, Amerika «schalte sich selber aus».

Italien, dessen Premier De Gasperi heute in Washington weilt, um dort die höchstnötige *Kredithilfe* zu bekommen und wahrscheinlich auch die praktischen Folgen des Friedensvertrages zu mildern, wird bekommen, was Polen und Tschechen nicht bekommen — und wird sich damit «dem Dollar versklaven», wie die italienische Linke sagt. Aber *diese Linke hat sozusagen selbst torpediert*, indem die *Sozialisten sich spalteten*. Die grössere Hälfte wird mit den Kommunisten gehen, die kleinere als Splitter nicht mehr die Brücke zu den «Christlich-Demokraten» bilden. Die «Rechtsregierung» rückt in den Kreis der Möglichkeit — und USA wird um so pumpwilliger.